

**Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem Thema
„Realitäten und Chancen für angepasste Umwelttechnologien in den Beitrittsländern“**

(2004/C 112/23)

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss beschloss am 17. Juli 2003, gemäß Artikel 29 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung eine Stellungnahme zu folgendem Thema zu erarbeiten: „Realitäten und Chancen für angepasste Umwelttechnologien in den Beitrittsländern“.

Die mit der Vorbereitung der Arbeiten beauftragte Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umweltschutz nahm ihre Stellungnahme am 4. März 2004 an. Berichtersteller war Herr RIBBE.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 407. Plenartagung am 31. März/1. April 2004 (Sitzung vom 31. März) mit 80 gegen 1 Stimme bei 2 Stimmenthaltungen folgende Stellungnahme:

1. Ausgangslage — Allgemeine Hinweise auf Umwelttechnologien

1.1 Viele Untersuchungen und öffentliche Berichte zeigen, dass zwar schon viel getan wird, um beispielsweise Wasser und Luft zu reinigen, dennoch ist klar, dass sowohl in den jetzigen Mitgliedstaaten, als auch in den Beitrittsländern nach wie vor erhebliche Anstrengungen unternommen werden müssen, um die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen und das europäische Naturerbe zu erhalten, die bestehenden Umweltgesetze zu erfüllen und Europa hin zur nachhaltigen Entwicklung zu führen.

1.2 Eine wichtige Rolle zur Lösung bestimmter Umweltprobleme spielen dabei bekanntlich Umwelttechnologien. In diesem Wissen hat die Kommission einen „Aktionsplan für Umwelttechnologie in der Europäischen Union“ erarbeitet⁽¹⁾, der derzeit mit den beteiligten Institutionen und der organisierten Zivilgesellschaft diskutiert wird. Der EWSA hat diesen Schritt begrüßt, denn Umwelttechnologien (z.B. Klär- und Filteranlagen) haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten wichtige Fortschritte im Umweltschutz bewirkt. Dies gilt sowohl für stationäre Anlagen, Industrieanlagen oder Kraftwerke etwa, aber auch für mobile technische Einrichtungen.

1.3 Die Festlegung und Verschärfung der Abgasgrenzwerte beim Auto ist ein Beispiel für stete technische Fortentwicklung einer umweltentlastenden Technologie. Dieses Beispiel zeigt allerdings auch, dass

— bestimmte Fortschritte bei der Entwicklung und Einführung von Umwelttechnologien wie dem Abgaskatalysator oft erst nach heftigen politischen Auseinandersetzungen umgesetzt werden – man erinnere sich an den seinerzeitigen Widerstand der Automobilindustrie. Diese politische Auseinander-

setzung scheint sich derzeit übrigens im Bereich der Dieselpartikelfilter zu wiederholen;

— Umwelttechnologien Grenzen haben: während insbesondere die Stickoxid- und Schwefeldioxidemissionen maßgeblich reduziert werden konnten, gibt es global noch keine praktisch anwendbaren Technologien zur Zurückhaltung von beispielsweise CO₂- oder FCKW-Emissionen, die für eine der größten umweltpolitischen Herausforderungen der Zukunft, die Klimaproblematik, entscheidend verantwortlich sind.

1.4 Umwelttechnologien sind somit ein wichtiges Element der Umweltpolitik geworden. Jedoch sind dort, wo mit technischen Lösungen allein keine ausreichenden Erfolge erzielt werden können, strukturelle Veränderungen notwendig. Der EWSA beschränkt sich in dieser Stellungnahme allerdings darauf, den Sektor der Umwelttechnologien unter unterschiedlichen Aspekten zu beleuchten.

1.5 Umwelttechnologien sind aber nicht nur aus umweltpolitischen Erwägungen wichtig. Die dahinter stehende Wissenschaft und Industrie sind mittlerweile zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor und Arbeitsplatzgeber geworden. Mittlerweile werden damit in Europa über 183 Mrd. € umgesetzt⁽²⁾. Der EWSA hat deshalb auch bereits die von der EU-Kommission herausgegebene Mitteilung über die Ausarbeitung eines Aktionsplans für Umwelttechnologien begrüßt⁽³⁾.

1.6 Die Erfahrung der Vergangenheit zeigt allerdings, dass — ähnlich wie in vielen anderen Wirtschaftssektoren auch — im Bereich der Umwelttechnologien die Finanzmittel zur Umsetzung aller identifizierten und als notwendig anerkannten Projekte innerhalb des gewünschten Zeitraumes nicht ausreichen. Viele umweltpolitisch notwendigen Maßnahmen können deshalb nicht realisiert werden.

⁽²⁾ Bericht der Kommission — Umwelttechnologie für eine nachhaltige Entwicklung, KOM(2002) 122 endg.

⁽³⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der Mitteilung der Kommission „Ausarbeitung eines Aktionsplans für Umwelttechnologie“ (KOM(2003) 131 endg.), CESE 1027/ 2003, noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

⁽¹⁾ KOM(2004) 38 endg. vom 28. Januar 2004.

Die Situation in den Beitrittsstaaten

1.7 Es ist im Rahmen dieser Stellungnahme nicht möglich und nicht gewollt, eine generelle Aussage über den Stand und die Entwicklung der Umwelt und des Umweltschutzes in den Beitrittsländern zu machen. Die Situation ist viel zu komplex, als dass man nur Positives oder nur Negatives über die Umweltentwicklung berichten könnte. Eindeutig ist, dass viele der direkt wahrnehmbaren (lokalen) Umweltbelastungen in den Beitrittsländern in den letzten Jahren zum Teil massiv entschärft werden konnten. Hingegen sind andere, weniger direkt wahrnehmbare Umweltprobleme neu entstanden⁽¹⁾. Unverkennbar ist jedoch, dass durch die Schließung besonders umweltbelastender Industrien sowie durch den Einsatz von umweltentlastenden Technologien mittlerweile viele direkte Gesundheitsgefährdungen, die von den Umweltbelastungen ausgingen, reduziert werden konnten.

1.8 Dennoch bleibt noch sehr viel zu tun, um die Umweltstandards, die durch das europäische Recht vorgegeben sind, zu erfüllen. Investitionen in die Umweltinfrastruktur von ungefähr 80 bis 110 Mrd. € sind nötig, um in den MOE-Staaten den Acquis zur Anwendung zu bringen⁽²⁾. Doch Geld ist auch in den Beitrittsländern knapp. Staatliche Umweltinvestitionen stehen dabei durchaus in Konkurrenz zu anderen staatlichen Aufgaben wie der Sozialpolitik, Bildung, Infrastruktur etc. Und auch bei Investitionen der Industrie bzw. von Bürgern gilt der Grundsatz, Fehlallokationen möglichst zu vermeiden. Es wird also darauf ankommen, die zur Verfügung stehenden Mittel höchst effektiv zu verwenden und nach kostengünstigen und effizienten Lösungen zu suchen.

1.9 Diese Stellungnahme wird sich daher mit Umwelttechnologien in den MOE-Staaten befassen. Ein Großteil der Beispiele, die in dieser Stellungnahme verwendet werden, stammen aus Polen. Polen ist einerseits das größte Beitrittsland, ein erheblicher Teil der zukünftigen EU-Fördermittel wird dorthin fließen. Polen ist auch wie kaum ein anderes Beitrittsland durch starke Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten geprägt, was, wie diese Stellungnahme zeigen wird, eine erhebliche Relevanz für den Umwelttechnologiebereich hat. Polen steht zudem wie kaum ein anderes Beitrittsland noch vor weiteren extremen Umbrüchen im industriellen Sektor. Und letztlich wurde Polen als Beispiel ausgewählt, weil der EWSA mit Polen auf eine lange Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes zurückblicken kann.

⁽¹⁾ Z.B. durch steigenden Individualverkehr. Zu nennen sind auch Artenschutzprobleme oder Umweltbelastungen, die beispielsweise durch agrarindustrielle Investitionen (z.B. riesige Schweinemastanlagen des US-Investors Smithfield in Polen) ausgelöst werden.

⁽²⁾ KOM(2001) 304 endg. „Die Finanzierung des Umweltschutzes in den Beitrittsländern“, S. 6.

1.10 Die in dieser Stellungnahme getroffenen Aussagen und Forderungen sind aber auf alle Beitrittsstaaten übertragbar und auch für viele der gegenwärtigen Mitgliedstaaten zutreffend.

Finanzmittel für den Umweltschutz in den Beitrittsländern

1.11 Die Europäische Union hat sich bereits in den letzten Jahren, d.h. im Vorfeld des Beitritts, mit Finanzausschüssen in Umweltinvestitionen in den Beitrittsländern engagiert. Dies stellt einen wichtigen und begrüßenswerten Unterschied zu bisherigen Erweiterungen der EU dar. Mit ihren Finanzausschüssen unterstreicht die Kommission die wachsende Bedeutung des Umweltschutzes. Zur Verfügung standen bislang u.a. die Programme PHARE und ISPA und teilweise auch SAPARD, wobei auf die von der Kommission immer wieder festgestellten Schwierigkeiten beim Abruf der Gelder hingewiesen werden muss.

1.12 In den Jahren 1995 bis 2000 wurden aus dem PHARE-Programm 398,2 Mio. € und aus ISPA 460,2 Mio. € für den Umweltsektor bereit gestellt, größtenteils für Wasserprojekte (rund 82,3 % aller Mittel), gefolgt von Projekten im Abfallbereich (15,7 % der Mittel) und zur Bekämpfung der Luftverschmutzung (2 %) ⁽³⁾. Polen erhielt in den genannten 6 Jahren insgesamt 233,4 Mio. € (durchschnittlich also rund 40 Mio. €/Jahr).

1.13 Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass das ISPA-Programm erst mit dem Jahr 2000 aufgelegt wurde. Seitdem fließen aus ISPA jährlich rund 500 Mio. € in Umweltinvestitionen der MOE-Staaten. Polen erhält davon zwischen 30 und 37 %.

1.14 Die von der EU bereitgestellten Finanzhilfen waren in der Vergangenheit für die Beitrittsländer sicherlich wertvolle Hilfen, dennoch muss festgestellt werden, dass der Hauptteil der Finanzaufwendungen aus den Ländern selbst erbracht wurde und auch zukünftig erbracht werden muss. „PHARE- und ISPA-Mittel können nur einen geringen Teil des Finanzierungsbedarfs der Beitrittsländer im Umweltbereich abdecken: 1,1 % des Gesamtbedarfs im Wassersektor, 0,75 % im Abfallsektor und nur 0,03 % im Luftsektor, wie der Europäische Rechnungshof ermittelt hat“ ⁽⁴⁾.

1.15 Die gesamte Auslandshilfe bei der Finanzierung von Umweltmaßnahmen in Polen lag bis zum Jahr 2000 meistens bei „nur“ rund 5 % aller Umweltschutzinvestitionen; die Beiträge der EU machten davon auch nur einen Teil aus.

⁽³⁾ Quelle: EU Nachrichten Nr. 20 vom 28.5.2003 nach Berechnungen des Europäischen Rechnungshofes.

⁽⁴⁾ Ebenda.

1.16 Dieses wird sich jedoch nach dem Beitritt wesentlich ändern. Von den 7,3 Mrd. € an Strukturfondsmitteln, die Polen in den Jahren 2004 bis 2006 von der EU erhalten soll, werden nach Angaben des polnischen Umweltministeriums 545 Mio. € in Umweltmaßnahmen fließen. An die Stelle des ISPA-Programms tritt dann der Kohäsionsfonds, aus dem in den Jahren 2004 bis 2006 knapp 7,6 Mrd. € bereit gestellt werden. Polen soll hiervon zwischen 45 und 52 %, also zwischen 3,4 und knapp 4 Mrd. €, erhalten. Bekanntlich teilt sich der Kohäsionsfonds zur Hälfte in Umwelt- und zur anderen Hälfte in Verkehrsinvestitionen. Polen werden also zukünftig pro Jahr insgesamt zwischen 1,3 und 1,5 Mrd. € an EU-Geldern für den Umweltbereich zur Verfügung stehen.

1.17 Die Verwendung der EU-Mittel für den Umweltschutz in den Beitrittsländern war bislang alles andere als optimal. Wenn nun in Zukunft wesentlich mehr Geld zur Verfügung stehen wird, muss noch genauer als bislang darauf geachtet werden, dass diese beträchtlichen Geldsummen effektiv eingesetzt und nicht in illusorischen Wachstumsplanungen bzw. unangepassten Projekten, z.B. mit überzogenen und über- teuerten Techniken, verpulvert werden. Der Europäische Rechnungshof äußerte in seinem Sonderbericht Nr. 5/2003 über „die Finanzierung von Umweltprojekten in den Bewerberländern“ u.a. den Kritikpunkt, dass wiederholt Projekte genehmigt wurden, bei denen das Risiko von Überkapazitäten bestand und damit das Risiko einer unwirtschaftlichen Verwendung der EU-Mittel sowie unnötig hoher Betriebskosten. Als eines von mehreren Beispielen wird in dem Bericht die Abwasseraufbereitungsanlage von Szczecin genannt, die nur zu 40 % ausgelastet ist.

2. Was sind angepasste Technologien, warum brauchen wir sie?

2.1 Die sogenannten „angepassten“ Umwelttechnologien können aus Sicht des EWSA eine sehr wichtige Rolle spielen wenn es darum geht,

- effektive Projekte zur Lösung lokaler Probleme zu entwickeln,
- Geld vielleicht nicht in der Planungsphase, aber sehr wohl in der Investitionsphase als auch bei den laufenden Kosten zu sparen, und
- lokal und regional Arbeitsplätze zu schaffen.

2.2 „Angepasst“ heißt für den EWSA, dass in jedem Einzelfall nach Lösungen gesucht werden muss, die sich nicht allein an der technischen Machbarkeit oder technischen Effektivität orientieren, sondern die die lokale Situation, auch die der dort lebenden Menschen, intensiv einbeziehen.

2.3 An einigen Beispielen soll zunächst verdeutlicht werden, was der EWSA hierunter versteht:

2.3.1 Beispiel Luftreinhaltung/Energieeffizienz:

2.3.1.1 Als sich Polen Ende der 80er Jahre endgültig von der kommunistischen Vergangenheit löste, erhielt der Umweltschutz eine äußerst hohe Bedeutung im politischen Geschehen. Dies ist nicht überraschend, waren doch viele Menschen von den extremen Umweltbelastungen, die vornehmlich von Industrieanlagen, aber auch vom kohlegefeuerten Hausbrand ausgingen, massiv betroffen.

2.3.1.2 In Krakau wurden Untersuchungen angestellt, wie man die Schwefeldioxidbelastung, die nicht nur die Gesundheit der Menschen beeinträchtigte, sondern auch massiv die kulturell und architektonisch extrem wertvollen Hausfassaden zerstörte, mindern konnte. Als eine der ersten Maßnahmen war die großtechnische Sanierung von zwei Kraftwerken vorgesehen.

2.3.1.3 Parallel erarbeitete alternative Berechnungen hatten allerdings auch gezeigt, dass mit dem gleichen Finanzaufwand, den die technische Aufrüstung der Kraftwerke erforderte, ein doppelt so hoher Schwefeldioxideinsparungseffekt hätte erreicht werden können, wenn stattdessen die alten Kohlefeuerungen in den Häusern ausgetauscht und Energiesparmaßnahmen an den Häusern (Isolierungen, Wärmeschutzverglasung etc.) vorgenommen worden wären.

2.3.1.4 Diese Maßnahmen hätten zugleich den dort lebenden Menschen bessere Wohnverhältnisse beschert und das lokale Handwerk gefördert und damit wesentlich stärker zur lokalen Konjunkturanhebung beigetragen. Dennoch wurde die Sanierung der Kraftwerke finanziert, was sicherlich durchaus auch auf die Interessen der ausländischen Großindustrie zurückzuführen war, die letztlich Großteile des Auftrags übernahm.

2.3.2 Beispiel Abwasserreinigung:

2.3.2.1 Polen unternimmt derzeit sehr große und begrüßenswerte Anstrengungen, die Abwasserreinigung zu verbessern. Nachdem zunächst hauptsächlich in den großen Städten mit dem Bau bzw. der Sanierung der Kläranlagen begonnen wurde, kommen nun auch in den kleineren Ortschaften viele Planungen und Baumaßnahmen in Gang bzw. wurden schon abgeschlossen.

2.3.2.2 Für die ländlichen, bevölkerungsarmen Gebiete sind allerdings zentrale Lösungen, wie sie für Ballungszentren fraglos sinnvoll sind, häufig sowohl aus technischen wie auch aus finanziellen Gründen weniger geeignet. Dennoch werden fast ausnahmslos solche Lösungen „nach dem Stand der Technik“ geplant.

2.3.2.3 Ein Beispiel hierfür ist die Flächengemeinde Sokoly in der Wojwodschaft Podlasie im Nordosten Polens: Ihre Gemeindefläche erstreckt sich über 160 km², sie verfügt über 29 Ortsteile, die nach Planungsstand alle an die derzeit in der Zentralgemeinde im Bau befindliche Kläranlage angeschlossen werden sollen.

2.3.2.4 Neben dem Bau der technischen Anlage selbst sind die Abwasserkanäle immer einer der größten Investitions- wie auch Unterhaltsposten. Das polnische Landesprogramm für Abwasserentsorgung vom Dezember 2003 macht deutlich, dass nur 1/3 der Investitionen in den Bau bzw. die Modernisierung der Kläranlagen fließt, 2/3 der Mittel werden für die Kanalisation benötigt. Im vorliegenden Fall sind Druckleitungen (mit entsprechenden kostenintensiven Pumpstationen) geplant, um das Abwasser in die zentrale Kläranlage zu transportieren. In Ballungszentren liegen die spezifischen Kanallängen bei meist 0,5 bis 2 Meter pro Einwohner, in ländlichen Gebieten sind 5 bis 10 m pro Einwohner unter Umständen gerade noch tolerierbar. Im vorliegenden Fall liegen die Planungen bei zum Teil weit über 20 m, teilweise bis zu 40 m Kanal pro Einwohner, wobei die Anschlusskanäle zu den einzelnen Häusern noch nicht eingerechnet sind.

2.3.2.5 Die Vorschläge der Abwasserplaner können keineswegs als eine an die örtlichen Verhältnisse angepasste Lösung betrachtet werden. Die angebotene Lösung erinnert sehr stark an die Fehlplanungen im Abwasserbereich, die nach der Wende in Ostdeutschland vollzogen wurden, dort zu exorbitanten Abwassergebühren geführt haben und mittlerweile einen echten Standortnachteil darstellen. Auch dort entstanden Projekte, die auf illusorische Wachstumserwartungen, aber auch auf eine falsche Übertragung von Großstrukturen auf ländliche Regionen zurückzuführen sind.

2.3.2.6 Die aus unangepassten Lösungen resultierenden sehr hohen Abwassergebühren schaden der wirtschaftlichen Entwicklung betroffener Regionen im doppelten Sinn: einerseits könnte das Geld, das für hohe Abwassergebühren verwendet werden muss, für die wirtschaftliche Entwicklung in anderen Bereichen genutzt werden, andererseits können hohe Abwassergebühren besonders Gewerbebetriebe mit hohem Wasserbedarf von der Ansiedlung abschrecken.

2.3.2.6.1 Nach Darstellung eines mittlerweile im Bundesland Thüringen gegründeten Dachverbands von Bürgerinitiativen gegen teure Abwasserprojekte explodieren die Kosten bei den Wasser- und Abwasserzweckverbänden, nachdem die Investitionen z.T. aus Strukturfondsmitteln unterstützt wurden. So hat die Gemeinde Friedrichsroda kürzlich ihren Einwohnern Beitragsbescheide für den Anschluss an die Wasserver- und Abwasserentsorgung in Höhe von mehr als 10.000 €, in einem Fall sogar von 99.000 €, zugestellt⁽¹⁾. Die Bürger, denen man einst die Abwasserpläne u.a. mit dem Hinweis auf hohe Investitionszuschüsse schmackhaft gemacht hat, reagieren nun empört auf die Folgekosten, die früher verschwiegen wurden.

2.3.2.7 Der EWSA erinnert in diesem Zusammenhang an die Kritik des Europäischen Rechnungshofes, der nicht nur von

überdimensionierten Abwasserprojekten berichtet, sondern auch von eher inkompetenten Beratern, die teure Projekte quasi „von der Stange“ verkaufen.

2.3.2.8 Das Beispiel Miroslawice (Gemeinde Trzebiatow an der Ostsee) zeigt, dass die vom EWSA befürchtete Wiederholung entsprechender Fehlplanungen real ist und die vom Rechnungshof ermittelten Beispiele keine Einzelfälle darstellen. Daraus können dann schwerwiegende Auswirkungen auch für die Anwendung angepasster Technologien resultieren. In Trzebiatow wurden Fördergelder für eine überdimensionierte Abwasserkläranlage verwendet. Im Orteil Miroslawice wollte die Deutsche Bundesstiftung Umwelt ein Demonstrationsprojekt zum Bau einer naturnahen Kläranlage fördern, deren Technologie speziell für kleine Ortschaften an der Ostseeküste entwickelt worden ist. Nach zweijähriger Projektvorbereitungszeit, trotz der Zustimmung seitens der Gemeinde sowie einer inzwischen vorliegenden Baugenehmigung, ist die Gemeinde letztlich aus dem Projekt ausgestiegen, weil festgestellt wurde, dass die kurz zuvor gebaute Zentralkläranlage in Trzebiatow wegen ihrer Überdimensionierung dringend den Anschluss von weiteren Orten braucht, um effektiver zu arbeiten. Das Projekt zum Einsatz und zur Demonstration einer dezentralen, angepassten Abwasserbehandlungslösung wurde fallen gelassen.

2.3.3 Beispiel Klärschlammaufbereitung:

2.3.3.1 Not macht, wie ein Sprichwort sagt, erfinderisch. Dem Klärwärter der nordostpolnischen Gemeinde Zambrow standen (bislang) keine Finanzmittel zur Verfügung, um eine technische Klärschlammaufarbeitung zu installieren. Seine Lösung: teilweise kompostiert er den Klärschlamm und nutzt hierfür die Hilfe von Kompostwürmern, die er als „seine treuesten und effektivsten Mitarbeiter“ bezeichnet. Teilweise wird der Klärschlamm auf Schilfflächen in der Kläranlage aufgebracht, die sich in wahre Naturparadiese entwickelt haben. Der Kompost wird von der Bevölkerung und den Landwirten gern abgenommen, denn seine bodenverbessernden Eigenschaften werden geschätzt⁽²⁾. Die Klärschlammbearbeitungskosten liegen in Zambrow bei nur 5 % der Kosten jener Kläranlagen, die mit technischen Lösungen den Klärschlamm aufarbeiten und beseitigen. Dabei, aber auch dies gehört zur „Angepasstheit“, ist im Fall Zambrow die Tatsache entscheidend, dass der Klärschlamm nicht durch Schadstoffe belastet ist (was allerdings für viele ländliche Gemeinden in den Beitrittsländern zutrifft). Dies hat zur Folge, dass die Gemeinde Zambrow die geringsten Abwasserkosten der Region hat. Doch obwohl die Gemeinde über eine effektive und kostengünstige Abwasser- und Klärschlammbehandlungsanlage verfügt, wird die vom Klärwärter selbst entwickelte Lösung nur ganz selten als Modell dargestellt.

⁽²⁾ Der EWSA ist sich der Problematik der Klärschlammverwendung auf landwirtschaftlichen Nutzflächen bewusst. Sehr häufig muss die Verwendung aufgrund der Schadstoffkonzentrationen strikt verboten werden. Hinsichtlich der generellen Klärschlammproblematik siehe Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der „Änderung der Richtlinie des Rates 86/278/EWG über die Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft“, ABL C 014 vom 16.1.2001, S. 141–150.

⁽¹⁾ Thüringische Landeszeitung/Eisenacher Presse vom 24.10.2003.

2.3.3.2 Der EWSA weist darauf hin, dass es gerade für ländliche Gebiete durchaus sehr praktikable (angepasste) Klärtechnologien gibt, bei denen das Klärschlammproblem gar nicht auftritt, z.B. in Pflanzenkläranlagen.

Weitere Beispiele

2.3.4 Als weitere Beispiele für angepasste Umwelttechnologien können — ohne auch nur ansatzweise den Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen — beispielsweise dezentrale Energieerzeugungseinrichtungen betrachtet werden.

2.3.5 Deutschland als ein Land, das sich seit einigen Jahren verstärkt der Anwendung regenerativer und somit CO₂-neutraler Energien widmet, kann als Beispiel betrachtet werden, wie mit angepassten Umwelttechnologien gleichzeitig Umweltbelange und Arbeitsplatzeffekte positiv gekoppelt werden können.

2.3.6 In Deutschland wird mittlerweile mehr Stahl für den Bau von Windrädern verwendet als im Schiffbau. In bestimmten strukturschwachen Gebieten, z.B. Ostfriesland, konnten mehrere Tausend (!) neue Arbeitsplätze durch die Windkraft geschaffen werden.

2.3.7 Für Landwirte lohnt sich mittlerweile in Deutschland der Bau und Betrieb von Biogasanlagen als zusätzlich neue Einkommensquelle mehr und mehr. Schulen und andere öffentliche Gebäude werden zunehmend mit lokal anfallenden regenerativen Energien, z.B. Holzhackschnitzeln, beheizt — und nicht mit den traditionellen fossilen Brennstoffen wie Öl oder Gas, die über weite Strecken importiert werden. Allein im „Kohleland“ Nordrhein-Westfalen sind mittlerweile mehr als 1.000 Holzpelletsverbrennungsanlagen installiert, was nicht nur die Umwelt entlastet, sondern auch neue Arbeitsplätze schafft.

2.3.8 Für eine Holzhackschnitzelanlage, mit der in einer kleineren Stadt beispielsweise Rathaus, Schulzentrum, Stadthalle, Altersheim, Krankenhaus geheizt wird, werden schnell 3, 4 oder gar 5 Landwirte benötigt, um im Wald das Schwachholz zu gewinnen, zu häckseln und um den Transport in die Anlage zu besorgen.

2.3.9 In Ländern wie z.B. Österreich oder den skandinavischen Ländern ist ebenfalls ein Boom beim Bau und Betrieb von Holzpelletsanlagen zu verzeichnen, während hingegen in den Beitrittsländern bislang kaum Anlagen im Bereich regenerativer Energien vorhanden sind.

3. Lehren aus den Beispielen

3.1 Der EWSA empfiehlt der Kommission im Rahmen ihrer geplanten Strategie zur Förderung von Umwelttechnologien

einmal näher zu untersuchen, welche Gründe für eine so unterschiedliche Anwendung angepasster Umwelttechnologien vorliegen. Natürlich ist dem Ausschuss bewusst, dass ganz besonders die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen müssen. Gerade in Ländern mit einer nach wie vor hoch subventionierten Kohlewirtschaft bei gleichzeitiger mangelnder Unterstützung alternativer Energieformen (wie Polen) sind teilweise sogar noch Energiesparmaßnahmen unwirtschaftlich.

3.2 Neben fehlenden rechtlichen Grundlagen sind vor allem auch die vergleichsweise schlechten Finanzierungsbedingungen zu nennen. Bei Zinssätzen bis zu 20 % amortisieren sich die Investitionen zum Teil trotz erheblicher Energieeinsparungspotenziale nicht immer in kurzer Zeit. Daher könnten (privat finanzierte, fondsgebundene etc.) Contracting-Modelle große Bedeutung erlangen; sie sollten verstärkt gefördert werden.

3.3 Es muss — auch im Sinne der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung — im Interesse der Kommission sein, die Defizite, die den Einsatz angepasster Umwelttechnologien noch behindern, zu ermitteln und dabei zu helfen, diese abzustellen.

3.4 Dabei sollte man sich im Übrigen nicht nur auf die Beitrittsländer konzentrieren, sondern durchaus auch einen Blick auf die bisherigen Mitgliedstaaten werfen. Dabei zeigt sich, dass neben den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch andere Faktoren eine Rolle spielen. So hat der EWSA bei seiner Arbeit mit großem Interesse festgestellt, dass es innerhalb der EU bei nahezu gleicher Ausgangssituation in den diversen Mitgliedstaaten zu einer sehr unterschiedlichen Anwendung von angepassten Umwelttechnologien kommt. In Griechenland beispielsweise hat mittlerweile nahezu jedes Haus eine Solaranlage (zwecks Warmwasserproduktion, verstärkt auch zur Elektrizitätsproduktion) auf dem Dach, während man in Italien oder Spanien solche Anlage wesentlich seltener findet.

3.5 Auch wenn beispielsweise in Polen und anderen MOE-Staaten entsprechende Ansätze noch in den Kinderschuhen stecken, profitiert das Land dennoch bereits von der zunehmenden Verwendung angepasster, dezentraler Umwelttechnologien in den Ländern der EU. Denn in Polen wurden mittlerweile einige Holzpelletsproduktionsanlagen in Betrieb genommen, die allerdings fast ausschließlich für den Export nach Schweden, Finnland und Österreich arbeiten.

3.6 Der EWSA möchte betonen, dass in diesem Zusammenhang nicht nur klassische Umwelttechnologien, sondern auch angepasste Technologien in scheinbar nicht direkt verwandten Bereichen betrachtet werden sollten, denn auch diese können umwelt- und regionalpolitisch sehr positive Effekte bewirken.

3.7 So sind beispielsweise kleine Käseküchen bzw. Hofmolkereien — in vielen Mitgliedstaaten geradezu Inbegriff regionaler Spezialitäten und regionaler Identität — in Polen bislang unbekannt. Von Behördenvertretern wurde gar die These vertreten, die EU-Vorschriften würden den Bau und Betrieb von kleinen Käsereien verbieten. Solche dezentralen Verarbeitungseinrichtungen sind aber nicht nur für die lokale Landwirtschaft und durchaus auch das lokale Handwerk von Bedeutung, indirekt tragen sie zur Stabilisierung regionaler Wirtschaftskreisläufe und zur bäuerlichen Produktion und damit auch zur Erhaltung von Natur und Umwelt bei.

3.8 Die hier gewählten Beispiele dürfen nicht dahingehend missverstanden werden, dass sich der EWSA gegen großtechnische Lösungen im Bereich der Umwelttechnologien ausspricht. Es besteht kein Zweifel daran, dass auch großtechnische Lösungen in bestimmten Fällen angepasste Lösungen sein können. Wenn man weiß, dass die Hälfte der Belastung der Donau in Ungarn durch die Stadt Budapest erfolgt, kann und will man sich nicht gegen eine Großkläranlage sperren. Der EWSA will vielmehr darauf aufmerksam machen, dass die jeweils am besten auf die lokalen Verhältnisse angepasste Lösung gesucht werden muss, um

- eine Fehlallokation von Finanzmitteln zu vermeiden;
- Maßnahmen zu realisieren, die für die lokale Bevölkerung und auch für die lokale Wirtschaft am sinnvollsten sind;
- die nachhaltige Entwicklung durch angepasste Umwelttechnologien voran zu bringen, die den Energie- und Rohstoffeinsatz massiv reduzieren können und die zum Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

3.9 Der EWSA möchte deshalb ein wenig vor einer teilweise festzustellenden „Faszination“ von Großprojekten warnen, die ggf. in den MOE-Staaten noch einen zusätzlichen Schub erfahren wird, wenn in den kommenden Jahren die o.g. Finanzmittelaufstockungen erfolgen werden. Dem EWSA geht es nicht darum, etwas „zu verhindern“, sondern vielmehr etwas in die richtige Richtung zu lenken.

3.10 Der Ausschuss sieht mit Sorge, dass es in den Beitrittsländern an breitem Wissen über angepasste Technologien mangelt und dass die (durchaus wenigen) Ingenieurbüros und die Genehmigungsbehörden eher großtechnische Lösungen bevorzugen — und zwar auch in Fällen, in denen derartige Lösungen nicht sinnvoll sind. Die Folge sind häufig wesentlich teurere Investitionen, was sich für die Ingenieurbüros spürbar

positiv auf das Honorar auswirkt. Hinzu kommt, dass man sich mit „etablierter“ Technologie bezüglich der zu erzielenden Umwelteffekte auf der „sicheren Seite“ glaubt.

3.11 Dieses Handlungsmotiv leitet häufig auch die Verwaltungen — von der EU-Kommission bis zur kommunalen Gebietskörperschaft. Die Konzentration auf wenige Großprojekte ist zudem mit geringerem Verwaltungsaufwand verbunden — angefangen in Brüssel fehlt vielfach die personelle Kapazität, auf angepasste, häufig technisch kleinere Lösungen überzugehen. Dass die volkswirtschaftlichen Kosten dieser Vorgehensweise ein Mehrfaches über denen für erhöhten Personalaufwand liegen, scheint niemanden zu interessieren. Hinzu kommt, dass die Großanlagen häufig gar keiner hohen Förderung bedürften, da sich im Unterschied zur Situation in mittleren und kleineren Gemeinden leichter private Investoren finden ließen.

3.12 In den früher stark zentralistisch geprägten Beitrittsländern kommt sicherlich hinzu, dass der Glaube an zentrale, einheitliche Lösungen durchaus noch nicht überall endgültig gebrochen ist.

3.13 Die genannten Beispiele zeigen, dass mit angepassten kleinen oder mittleren Technologien zur Beseitigung von lokalen Umweltbelastungen mit weniger Finanzaufwand die gleichen, teilweise sogar bessere Ergebnisse erzielt werden können. Solche angepassten Technologien sind

- In der Planungsphase teilweise durchaus schwieriger und aufwendiger,
- in der Investitionsphase meistens billiger, was den positiven Effekt hat, mit dem gleichen Geld mehr Anlagen bauen und somit höhere Umweltentlastungen erzielen zu können,
- in der Unterhaltung wesentlich billiger, was zu Kosteneinsparungen bei der lokalen Bevölkerung führt; das „eingesparte“ Geld kann für andere, die Wirtschaft fördernde Maßnahmen verwendet werden ⁽¹⁾;
- und sie bieten vielfach auch dem lokalen Handwerk Erwerbsmöglichkeiten, während großtechnische Lösungen häufig nur von Fachfirmen ausgeführt werden können; dies ist als ein Gewinn für die lokale und regionale Wirtschaft zu sehen.

3.14 Angepassten, kostengünstigen Lösungen haftet dennoch kurioserweise eher ein negatives Image an.

⁽¹⁾ So sind in der Flächengemeinde Kamieniec im westpolnischen Kreis Grodzisk Wielkopolski statt einer einzigen zentralen Kläranlage insgesamt 917 Einzelanlagen geplant. Sowohl die Investitions- als auch die Betriebskosten reduzieren sich dabei um vermutlich 60 % gegenüber einer zentralen Kanalisationslösung (W. Halicki, Zielona Góra, 2003).

4. Die Defizite und Hemmnisse — und wie sie abgebaut werden können

4.1 In den kommenden Jahren werden also erhebliche Fördermittel für Umweltinvestitionen in die Beitrittsstaaten fließen. Deren Verwendung wird vornehmlich davon abhängig sein, welche Entscheidungen von den Verantwortlichen in diesen Staaten getroffen werden.

4.2 Dem EWSA ist bewusst, dass es keine direkten Behinderungen von Seiten der EU geben wird, wenn in den Beitrittsstaaten der Einsatz von angepassten Umwelttechnologien erwogen wird. Das reicht aber nicht aus. Der Ausschuss hält eine aktive fachliche wie finanzielle Förderung für geboten.

4.3 Der EWSA bekräftigt, dass die Chancen eines verstärkten Einsatzes solcher Technologien erst dann wirklich steigen werden, wenn

- das eklatante Wissensdefizit über die Möglichkeiten, die angepasste Umwelttechnologien bieten, durch einen massiv auszubauenden Know-how-Transfer abgebaut wird;
- gute Beispiele bekannt gemacht und Demonstrationsanlagen gebaut wurden;
- die gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechend gestaltet werden;
- die Finanzierungsvoraussetzungen und -möglichkeiten verbessert werden, möglicherweise durch den Aufbau eines Sonderfonds;
- die Verantwortlichen auf allen politischen Ebenen die Möglichkeit eingeräumt bekommen, mögliche Alternativplanungen hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit und ihrer Kompatibilität mit den einschlägigen europäischen (und nationalen) Gesetzen überprüfen zu lassen, und
- die Sozialpartner und die Organisationen der Zivilgesellschaft einbezogen werden, um das Bürgerbewusstsein in diesem Bereich zu fördern.

Förderung des Wissens und des Bewusstseins über angepasste Umwelttechnologien

4.4 Mehr und mehr Entscheidungen über Umweltinvestitionen werden zukünftig auf der lokalen Ebene zu treffen sein. Die Entscheidungsträger besonders in kleineren Gemeinden, die über kein Fachpersonal verfügen, sind für die Planung und spätere Investitionsausführung fast immer auf externes Fachwissen angewiesen. Den herangezogenen Ingenieurbüros mangelt es z.T. an Wissen, z.T. aber auch am Willen, angepasste, billigere, sozial oder umweltpolitisch bessere Lösungen als „den Stand der Technik“ anzubieten. Schließlich werden ihre Leistungen in der Regel nach dem Bauvolumen abgerechnet, und nicht danach, ob es sich um die dauerhaft günstigste und die am besten an lokale Verhältnisse angepasste Lösung handelt.

4.5 Nicht selten stehen Planer auch in Verbindung mit Baufirmen oder Anbietern von Techniken. Das Interesse der Planer, der Wirtschaft, aber auch der Politik an größeren „Projekten von der Stange“ sollte nicht unterschätzt werden: die Honorarordnung für die Architekten und Ingenieure spricht ebenso dafür wie das Interesse der Bauindustrie an großen Aufträgen. Aussagen wie die eines Herstellers von Abwasserrohren gegenüber einem jungen Techniker: „Natürlich verdienen sie an jedem Meter mit!“ sind keine Einzelfälle. Und das zu erwartende Spektakel einer repräsentativen Eröffnungsfeier eines Großprojektes mit TV und Presse mag dem einen oder anderen Kommunalpolitiker attraktiver erscheinen als die Realisierung von 20, 50 oder 100 kaum beachteten Kleinprojekten.

4.6 Häufiger als man denken mag kommt es vor, dass bewusst oder unbewusst Fehlinformationen geliefert werden. So sind dem EWSA Fälle bekannt geworden, wonach man den politischen Entscheidungsträgern deutlich machte, dass angeblich die EU-Gesetzgebung keine andere Möglichkeit zulasse als den Bau einer zentralen Kläranlage und den Anschluss aller Ortsteile. Auch wenn es sich hierbei natürlich um Fehlinformationen handelt, so ist dies auch ein Hinweis auf das Problem des mangelnden Wissens.

4.7 Hinzu kommen weitere, zum Teil praktische, zum Teil psychologische Aspekte: Nach dem „Stand der Technik“ zu bauen ist oft recht einfach, das geht vom Reißbrett im Ingenieurbüro aus. Dezentrale, angepasste Lösungen erfordern planerisch oft mehr Aufwand, viel mehr Detailkenntnisse und oft hohen Durchsetzungswillen — und das bei einer zu erwartenden geringeren Entlohnung. Doch wer will schon einen schwierigeren Weg gehen, wenn der einfache zudem lukrativer sein kann? Mit den angebotenen großtechnischen Lösungen nach dem Stand der Technik wissen sich Planer und politische Entscheidungsträger „auf der sicheren Seite“. Kleinlösungen, die oft als eher „schlecht“, primitiv und unsicher angesehen werden, vertraut man nicht so einfach. Wie kann — siehe das Beispiel von Zambrow (vgl. Ziffer 2.3.3) — ein einfacher Klärwärter etwas entwickeln, was den Ingenieuren nicht einfällt (oder nicht einfallen will)?

4.8 Besonders wichtig erscheint dem EWSA, sowohl die politische Verantwortlichen als auch Ingenieurbüros zu informieren und zu schulen. Die Kommission wäre gut beraten, beispielsweise über die Einrichtung von unabhängigen „Kompetenzzentren für angepasste Technologien“ in den Beitrittsländern nachzudenken. Aufgabe solcher Zentren könnte sein, den notwendigen Know-how-Transfer zu organisieren, die kommunalen Entscheidungsträger, aber auch die Zivilgesellschaft zu beraten, also quasi die Nachfrage nach angepassten Umwelttechnologien zu fördern. Gegebenenfalls könnten sie auch bei der Verwaltung von speziellen Förderfonds eine Rolle spielen (s. Ziffer 4.16ff).

4.9 Eine europäische Datenbank, an deren Aufbau und Pflege sich die Europäische Umweltagentur beteiligen könnte, und in der kostengünstige, angepasste Umwelttechnologien aufgelistet sind, die sich nach Meinung der EU bewährt haben und die damit eine Art „Gütesiegel“ bekommen, könnte diese Arbeit der Kompetenzzentren unterstützen. Der „Leitfaden für alternative Abwasserreinigungsverfahren“, den die GD Umwelt herausgegeben hat, kann als Schritt in diese Richtung verstanden werden.

4.10 Nichts ist eindrucksvoller und für den Abbau des Misstrauens gegenüber angepassten Umwelttechnologien sinnvoller als die Inaugenscheinnahme von praktizierten Beispielen. Der Bürgermeister der Gemeinde Sokoly (s. Ziffer 2.3.2.3) stoppte seine Abwasserplanungen, die den Anschluss aller Ortsteile an die Zentralanlage vorsahen, nachdem er sich funktionierende Alternativen hatte ansehen können ⁽¹⁾.

4.11 Der EWSA ist daher der Auffassung, dass das Angebot und der Transfer „angepasster“ Technologien ihrerseits „angepasst“ sein und insbesondere durch Maßnahmen zur Erzielung einer gesellschaftlichen Akzeptanz unterstützt werden müssen, die in der Bevölkerung und in der lokalen Verwaltung nicht immer unmittelbar gegeben ist.

4.12 Dazu sollten Informations-, Konsultations- und Partizipationsmaßnahmen eingeführt werden, an denen die wirtschaftlichen und sozialen Akteure und die Bevölkerung beteiligt sind.

4.13 Es könnte auch nützlich sein, Partnerschaften zu fördern zwischen EU-Regionen und/oder -Gemeinden, die in der EU interessante Erfahrungen mit der Anwendung angepasster Technologien gesammelt haben, und Regionen und/oder Gemeinden in den neuen Mitgliedstaaten, die sich anschicken, ähnliche (oder auch andere!) Entscheidungen zu treffen. Darüber hinaus sollte Projekten eine gewisse Priorität eingeräumt werden, die im Rahmen von INTERREG oder anderer Gemeinschaftsprogramme angepasste Umwelttechnologien fördern.

4.14 Im derzeit in Entwicklung befindlichen Europäischen Aktionsplan für Umwelttechnologien wird überlegt, wie Barrieren zu beseitigen sind, die der Verbreitung der EU-Umwelttechnologien im Weg stehen. Entsprechende Schulungs- und Besichtigungsprogramme sind sicherlich ein Weg, den der EWSA begrüßen würde. Doch auch dabei kommt es auf die Ausgestaltung an. Denn nicht immer müssen entsprechende Besuchsprogramme darauf ausgerichtet sein, nur die sinnvollsten Lösungen zu zeigen. Nicht selten stehen eher reine Verkaufsaspekte im Vordergrund.

Finanzielle Aspekte

4.15 Die Kommission kann zu Recht darauf hinweisen, dass sie generell in ihren Fördermöglichkeiten keinen Ausschluss von angepassten Umwelttechnologien vornimmt. Wohl kann

⁽¹⁾ Im Rahmen eines Projektes der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, des Bundesumweltministeriums und der Umweltorganisation Euro-natur.

man kritisch sehen, dass beispielsweise Projekte, die aus dem Kohäsionsfonds gefördert werden sollen, ein Mindestinvestitionsvolumen von 10 Mio. € aufweisen müssen, um überhaupt förderwürdig zu sein. Viele äußerst effektive Kleinprojekte können somit nicht in den Genuss der Förderung von bis zu 85 % der Investitionssumme kommen.

4.16 Die Analyse der bisherigen Förderpraxis zeigt eindeutig, dass die größeren Städte bislang prioritär behandelt wurden. Dies ist zunächst insofern nachzuvollziehen, als mit entsprechenden Investitionen dort entsprechend hohe, punktuelle Umweltentlastungen erzielt werden konnten und weil beispielsweise die Abwasserrichtlinie zunächst die Aufbereitung von Abwasser in größeren Städten vorsieht. Dennoch müssen parallel Ideen zur Förderung angepasster Technologien vermittelt werden, denn die Weichen für Investitionen in der Zukunft werden heute gestellt.

4.17 Dem EWSA ist durchaus bekannt, dass aus dem Kohäsionsfonds nicht nur Großstadtprojekte gefördert werden, sondern z. B. auch die Umsetzung von Abwasserbehandlungskonzepten auf einem Verbandsgebiet. Eine Bündelung von kleineren Projekten ist also denkbar, findet jedoch selten statt. Da die Entscheidung über die Bezuschussung aus Kohäsionsmitteln in Brüssel liegt, empfiehlt der Ausschuss, dass den Förderanträgen eine nachvollziehbare Berechnung der Kosten (Investitions- und Folgekosten) von zentralen, semizentralen und dezentralen technischen Konzepten beizufügen ist. Indem man die Antragsteller dadurch anhält, sich zumindest grob mit Alternativkonzepten zu befassen, könnte man zu erheblichen Mitteleinsparungen in der Investitionsphase sowie zur Vermeidung hoher Folgekosten beitragen.

4.18 In Polen existieren diverse Finanzierungsmöglichkeiten für Umweltmaßnahmen, im Prinzip auch für Kleininvestitionen: der nationale, die regionalen und z.T. lokalen Umweltschutzfonds, der Ekofonds ⁽²⁾ und andere. Zukünftig werden diese Fonds aber verstärkt dazu verwendet werden, die für von der EU kofinanzierte Projekte notwendigen Mittel aufzubringen. D.h. konkret: Es kann vermutet werden, dass es für angepasste Umwelttechnologien finanziell nicht einfacher werden wird, auch wenn sie sich oft schnell amortisieren bzw. langfristig die geringsten Folgekosten verursachen.

4.19 Der EWSA schlägt deshalb vor, auch zu überlegen, eine gewisse Mittelbindung speziell für Investitionen in angepasste Technologien vorzunehmen. So könnte ein bestimmter Prozentsatz der Kohäsionsfondsmittel für Projekte unterhalb einer bestimmten Investitionsgröße reserviert werden. Es versteht sich von selbst, dass die daraus finanzierten Projekte zwar dann nicht mehr einzeln von der EU-Kommission bewilligt werden können, für die Verbreitung der Ideen angepasster Technologien wäre ein solcher Spezialfonds allerdings ein Meilenstein.

⁽²⁾ Der sich aus bilateral gewährtem Schuldenerlass speist und noch bis 2010 bestehen wird.

4.20 Im EWSA wurde im Rahmen der Erarbeitung dieser Stellungnahme auch über eine Forderung, die u.a. der frühere Präsident des Europäischen Rechnungshofes, Prof. Dr. Bernhard Friedmann, einst ins Gespräch gebracht hatte, erneut diskutiert, nämlich der Gedanke, aus den EU-Förderprogrammen keine verlorenen Zuschüsse mehr zu gewähren, sondern (zinsverbiligte bzw. gar zinslose) Kredite⁽¹⁾.

4.20.1 Die bisherige Förderpraxis führt ja dazu, dass beispielsweise der Bau von Kläranlagen in einigen Gemeinden gefördert, in anderen Gemeinden — aufgrund der begrenzten Mittel — hingegen nicht gefördert wird. Dies führt im Prinzip zu Ungerechtigkeiten. Im Umweltbereich bedeutet dies, dass derzeit gerade (die ärmeren) ländlichen Gemeinden aufgrund der bisherigen Förderpraxis gegenüber den (meist reicheren) Städten weiter ins Hintertreffen geraten.

4.20.2 Würden die Mittel hingegen nicht als Zuschüsse, sondern als Kredite aus einem revolvingen Fonds ausgezahlt, kämen potentiell nicht nur mehr Projekte auf den Weg. Ein zusätzlicher Nutzen könnte darin bestehen, dass mit geliehenem Geld eventuell vorsichtiger und verantwortungsvoller umgegangen wird als mit Zuschüssen.

4.20.3 Ein Problem, das beispielsweise in Polen eine entsprechende Neustrukturierung der Förderprogramme schwierig machen könnte, liegt in der bisherigen Verschuldung der Kommunen. Die hohe Verschuldung hindert bereits jetzt oft die Vorbereitung von Investitionen zur Umsetzung der EU-Anforderungen auf lokaler Ebene. Im Jahre 2001 betrug die Verschuldung der Selbstverwaltung in Polen 12,3 Mrd. Zł (3 Mrd. €), in 2002 15,4 Mrd. Zł (ca. 4 Mrd. €) mit wachsender Tendenz. Das bedeutet, dass viele Gemeinden die gesetzlich erlaubte Verschuldungsschwelle erreicht haben und keine Kredite mehr aufnehmen können.

4.21 Für Privatinvestitionen in angepasste Technologien (beispielsweise in Energiesparmaßnahmen, in den Ausbau regenerativer Energien, alternative Baustoffe und Baukonstruktionen) könnte allerdings ein solcher revolvingender Sonderfonds für zinslose- bzw. zinsbegünstigte Darlehen eine interessante Variante bedeuten. Eine Anbindung an die vorgeschlagenen „Kompetenzzentren“ sollte erwogen werden.

4.22 Eine Möglichkeit zur Mobilisierung zusätzlicher finanzieller Mittel ist die Beteiligung des Privatsektors an der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (öffentlich-private Partnerschaften — PPP).

4.23 Allerdings bergen PPP-Modelle nicht nur Chancen, sondern auch Risiken. Ein nicht ausgewogenes PPP-Modell kann beispielsweise zu erheblichen Preissteigerungen führen. So kam es in der ungarischen Hauptstadt Budapest nach massiven Preiserhöhungen von über 200 % zu erheblichen Verstimmungen zwischen dem privaten Konzessionsunternehmen und der Stadtregierung.

5. Zusammenfassung

5.1 Umwelttechnologien spielen bei der Reduzierung von Umweltbelastungen und im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung eine wichtige Rolle.

5.2 Zur Vermeidung von Fehlallokationen ist es wichtig, sehr genau darauf zu achten, dass jeweils die am besten an die jeweilige Situation angepasste Lösung zum Tragen kommt.

5.3 Angepasste Lösungen mögen zwar teilweise einen höheren Planungsaufwand mit sich bringen, sowohl in der Investitions- als auch in der Betriebsphase können jedoch hohe Beträge eingespart und dauerhaft mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese eingesparten Mittel könnten sowohl die öffentlichen als auch die privaten Haushalte entlasten. Angepasste Umwelttechnologien sind somit ein Gebot der Stunde.

5.4 Angepasste Technologien sind in den Beitrittsländern ebenso wie in den jetzigen Mitgliedstaaten allerdings oft unbekannt sind und kommen viel zu selten zur Anwendung. Das liegt u.a. an massivem Mangel an Know-how und Unsicherheit darüber, ob mit alternativen Technologien auch wirklich die vorgeschriebenen Standards erreicht werden können.

5.5 Der EWSA empfiehlt der Kommission, sich dieses Problems im Rahmen der Durchführung des Aktionsplans zur Förderung von Umwelttechnologien intensiv anzunehmen. U.a. könnte durch die Schaffung von Kompetenzzentren für angepasste Technologien in der Beitrittsländern damit begonnen werden, die Informationsdefizite abzubauen.

5.6 Ein Teil der Fördermittel sollte in einen Fonds fließen, aus dem vornehmlich kleinere Maßnahmen finanziert werden. Der Kohäsionsfonds, der keine Projekte mit weniger als 10 Mio. € fördert, fördert angepasste Lösungen zu wenig. Bei Anträgen auf Förderung aus den Kohäsionsfonds wären Hinweise durch den Antragssteller hilfreich, die Auskunft darüber geben, warum gerade die beantragte Technologie ausgewählt wurde und welche Alternativen verworfen wurden.

Brüssel, den 31. März 2004

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Roger BRIESCH

⁽¹⁾ „Finanzkontrolle im Dienste der europäischen Idee“, Ansprache von Herrn Prof. Dr. Bernhard Friedmann anlässlich der Verleihung des Preises „Europäischer Bulle“ 2001 des Europäischen Steuerzahlerbundes.